

Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:
Helmut G. Schmidt
Heussallee 2-10, 5300 Bonn 1

Postfach: 12 04 08
Telefon: (02 28) 21 90 38/39
Telefax: 06 88 846 ppbn d

Inhalt

Jürgen Girgensohn MdL,
Kultusminister des Landes
Nordrhein-Westfalen,
zieht Bilanz für ein För-
derungsprojekt: Erfolgrei-
che Hilfe für ausländische
Jugendliche. Seite 1

Horst von Hassel, Senator
für Bildung der Freien Han-
sestadt Bremen, erläutert
seine Ausbildungsplatzini-
tiative: Allen Jugendlichen
eine Chance. Seite 3

Hermann Buschfort MdB, Be-
auftragter der Bundesregie-
rung für die Belange der
Behinderten, über behin-
dertengerechte Verkehrsein-
richtungen in Norwegen.
Seite 5

Zum Tod von August Albrecht:
Dr. Kuno Blaudau würdigt Le-
ben und Arbeit des sozial-
demokratischen Buchhänd-
lers und Verlegers.
Seite 6

37. Jahrgang / 148

9. August 1982

Erfolgreiche Hilfe für ausländische Jugendliche

Regionale Arbeitsstellen zur Förderung ausländischer Kinder
und Jugendlicher arbeiten seit einem Jahr

Von Jürgen Girgensohn MdL
Kultusminister des Landes Nordrhein-Westfalen

In acht Städten des Ruhrgebietes arbeiten seit mehr als einem Jahr "Regionale Arbeitsstellen zur Förderung ausländischer Kinder und Jugendlicher". Träger des Modellversuchs, der im Rahmen des Aktionsprogramms Ruhr entstand, sind Duisburg, Essen, Oberhausen, Gladbeck, Gelsenkirchen, Herne, Dortmund und Hamm. Koordiniert wird das ganze Projekt durch eine Hauptarbeitsstelle, die ihren Sitz in Essen hat. Der Projektverbund wird finanziert durch Mittel des Landes, des Bundes, der beteiligten Gemeinden und des Stifterverbandes für die deutsche Wissenschaft. Diese vier Geldgeber haben 1981 rund 2,5 Millionen DM für die Arbeitsstellen ausgegeben.

Warum dieses Projekt? In den genannten acht Städten des Ruhrgebiets leben inzwischen mehr als 50.000 ausländischer Jugendliche. Es wäre deswegen vermessen, ein Programm entwickeln zu wollen, durch das jeder junge Ausländer angesprochen würde. Auf der einen Seite fehlen deutschen Pädagogen und Sozialarbeitern sehr oft persönliche Erfahrungen mit dem kulturellen und sozialen Hintergrund unserer ausländischen Mitbürger. Umgekehrt haben viele junge Ausländer und vor allem ihre Eltern zahllose Schwierigkeiten mit den Besonderheiten ihrer neuen Umwelt. Deswegen ist es erstes Ziel unserer Arbeitsstellen, ein Modell zu entwickeln, das alle Bereiche des gemeinsamen Lebens von ausländischen und deutschen Schülern erfassen und verbessern soll. Sie bemühen sich, um nur die wichtigsten Beispiele zu nennen, um



- eine bessere, das heißt engere Elternarbeit,
- um mehr und bessere Informationen über die einzelnen Herkunftsländer,
- einen verbesserten deutschen Sprachunterricht und
- eine Vertiefung des Kontaktes zwischen deutschen und ausländischen Eltern.

In den acht Arbeitsstellen sind gegenwärtig 40 hauptamtliche deutsche und ausländische Pädagogen, Sozialpädagogen, Sozialwissenschaftler und Verwaltungsangestellte beschäftigt. Dazu kommen im Rahmen von Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen außerdem weitere 40 Erzieherinnen und Sozialpädagogen. Für die Zusammenarbeit und die Verwirklichung der Aufgaben in den Schulen arbeiten 90 Lehrer aller Schulstufen mit, die stundenweise von ihrer Unterrichtsverpflichtung freigestellt sind. Anzumerken ist, daß unter diesen nebenamtlichen Mitarbeitern Lehrer aus allen Herkunftsländern vertreten sind. Außerdem besteht noch die Möglichkeit, über einen begrenzten Zeitraum weitere Mitarbeiter durch Werkverträge zu gewinnen.

Im Zusammenhang mit dem Modellvorhaben, das zunächst bis 1985 laufen soll, stehen noch zwei Ergänzungsprojekte. Mit einem wissenschaftlichen Begleitprogramm wird unter anderem die Schulumwelt der ausländischen Jugendlichen untersucht, daneben sollen Erkenntnisse über das kulturelle Umfeld der jungen Ausländer gewonnen werden und schließlich möchten wir mit wissenschaftlichen Methoden ermitteln, wie die Beratung bei sprachlichen Problemen systematisch verbessert werden kann. In einem weiteren Begleitvorhaben werden schriftliche Hilfen für die Förderung ausländischer Schülerinnen und Schüler entwickelt, die dann jedem Lehrer, der solche Kinder unterrichtet, zur Verfügung stehen.

"Es werden noch viele gemeinsame Anstrengungen unternommen werden und viel Geduld von uns und unseren ausländischen Mitbürgern aufgebracht werden müssen, bevor das Ziel, ausländische Schüler in unser Bildungssystem einzugliedern, erreicht ist." Dieser Satz stammt aus meiner Rede, die ich im vergangenen Jahr bei der Vorstellung der Arbeitsstellen in Essen hielt. Von diesen darin angesprochenen Postulat sind wir alle noch weit entfernt. Die Regionalen Arbeitsstellen haben aber nach einem Jahr erfolgreicher Arbeit bewiesen, daß sie auf dem langen Weg in diese Richtung ein erstes Stück vorangekommen sind. (-/6.8.1982/ks/ra)

+ + +



Ausbildungsplatzinitiative '82

Wir sollten allen Jugendlichen eine Ausbildungschance geben

Von Horst von Hassel

Senator für Bildung der Freien Hansestadt Bremen

In diesem Jahr fehlen immer noch zahlreiche Ausbildungsplätze für unsere Jugendlichen: Steigende Schulabgängerzahlen und die wirtschaftliche Entwicklung machen sich deutlich bemerkbar. Sechs Wochen vor Beginn des Ausbildungsjahres habe ich eine Befragung der Schulabgänger durchführen lassen. Zu dem Zeitpunkt suchten noch 907 Jugendliche aus der Hansestadt einen Ausbildungsplatz.

Im Rahmen meiner "Ausbildungsplatzinitiative '82", die in den lokalen Zeitungen veröffentlicht wurde und eine positive Resonanz in der Öffentlichkeit fand, habe ich an alle Betriebe den folgenden Appell gerichtet:

"Bremische Betriebe haben in den letzten Jahren große Anstrengungen unternommen, möglichst allen interessierten Jugendlichen eine qualifizierte Berufsausbildung zu ermöglichen. Die Freie Hansestadt Bremen wendet zusätzlich von 1976 bis 1985 über 270 Millionen Mark auf, damit unsere Schulabgänger nicht ohne Berufsausbildung bleiben müssen.

Diese umfassenden Bemühungen reichen jedoch in diesem Jahr nicht aus. Ich wende mich daher auch im Namen der Kammern und des Arbeitsamtes an alle Betriebe mit der Bitte, zusätzliche Ausbildungsplätze bereitzustellen:

- o Alle freiwerdenden Ausbildungsplätze sollten wieder besetzt werden.
- o Alle Betriebe, die bislang noch nicht ausgebildet haben, sollten prüfen, ob sie nicht auch Lehrstellen anbieten können.
- o Alle Betriebe, die zwischenzeitlich ihre Ausbildungstätigkeit eingestellt haben, sollten wieder Lehrlinge aufnehmen.

Aus unserer Verantwortung und zur Sicherung unserer gemeinsamen Zukunft sollten wir allen Jugendlichen eine Ausbildungschance geben!



Ich bitte alle Betriebe, die noch Lehrstellen anbieten können, sich möglichst umgehend an das Arbeitsamt Bremen (Abteilung Berufsberatung) zu wenden."

Gemeinsam mit dem Arbeitsamt und den Kammern habe ich inzwischen eine erste Auswertung meines Appells vorgenommen: Arbeitsamt und Kammern bestätigen, daß mein Aufruf offensichtlich angekommen ist. Das Arbeitsamt Bremen kann Jugendliche, die aufgrund der Befragung in den bremischen Schulen Anfang Juni noch Ausbildungsplätze suchten, in die von Betrieben zusätzlich bereitgestellten Ausbildungsplätze vermitteln. Es werden von Jugendlichen, die bereits eine Stelle gefunden haben, auch Plätze wieder zurückgegeben, so daß andere Bewerber in diese wieder frei gewordenen Plätze nachrücken können.

Auch die Handelskammer berichtet mir von einem lebhaften Geschäft: Betriebe rufen verstärkt Formulare zum Abschluß von Ausbildungsverträgen ab, die Zahl der Anträge auf Eintragung von Verträgen in das Kammerverzeichnis sei erheblich höher als im letzten Jahr. Nach Ende der Ferien könne noch mit weiteren Angeboten der Betriebe beim Arbeitsamt gerechnet werden.

Dennoch kann zur Zeit noch keine Rede davon sein, daß die Schulabgänger mit Ausbildungsplätzen ausreichend versorgt sind. Deshalb ist es wichtig:

- o Alle Jugendlichen sollen sofort beim Arbeitsamt Bescheid sagen, sofern sie dort beraten wurden und inzwischen einen Ausbildungsplatz gefunden haben.
- o Alle Betriebe sollen ihre jetzt noch freien Plätze dem Arbeitsamt aufgeben.

Ich hoffe, daß es uns in dieser schwierigen Situation gemeinsam gelingen wird, möglichst allen Jugendlichen eine Ausbildungschance zu geben. (-/9.8.1982/ks/rs)

+ + +



Behinderten-Integration
-----**Vorbildliche Verkehrseinrichtungen in Norwegen**

Von Hermann Buschfort MdB

Beauftragter der Bundesregierung für die Belange der Behinderten

Für viele Schwerstbehinderte ist die Benutzung öffentlicher Verkehrsmittel ein großes Problem. Einige Gruppen von Behinderten - dazu gehören Rollstuhlfahrer und andere Personen mit erheblichen Beeinträchtigungen der Bewegungsfähigkeit - sind von der Beförderung mit Flugzeug, Bahn, Straßenbahn und Omnibus nahezu ausgeschlossen. Zumindest sind die Möglichkeiten zur Teilnahme am öffentlichen Personennahverkehr so stark eingeschränkt, daß die notwendige Eingliederung dieser Schwerstbehinderten in die Gesellschaft gefährdet ist.

Die Behinderten sehen sich einer Vielzahl von Hindernissen gegenübergestellt; Bahnsteige oder Haltestellen sind oft nur über Treppen oder Stufen und hohe Bordsteinkanten erreichbar, beim Einsteigen in das Beförderungsmittel finden sich erneut Stufen, Türöffnungen sind zu schmal, Sitzplätze sind kaum erreichbar, behindertengerechte Toilettenanlagen sind nicht vorhanden und vieles mehr.

Eine Informationsreise nach Norwegen zeigte, daß es dort nachahmenswerte Entwicklungen gibt. Ich bin überrascht darüber, mit welcher Findigkeit dort Barrieren aufgespürt und Lösungen entwickelt worden sind. Gewiß ist auch Norwegen noch weit davon entfernt, ein durchgehend behindertenfreundliches Verkehrssystem zu haben, jedoch sind die Ansätze dazu vielversprechend.

Von besonderem Interesse war für mich der speziell für Rollstuhlfahrer entwickelte Schnellzugwagen der Norwegischen Staatsbahnen. Er ist mit einem Lift beziehungsweise mit herausziehbaren Schienen, über die der Rollstuhl hochgeschoben werden kann, ausgestattet. Das geräumige, gut ausgestattete Abteil bietet Platz für den Behinderten im Rollstuhl und für Mitreisende. Selbstverständlich verfügt der Wagen über eine behindertengerechte Toilette. Ausschlaggebend ist, daß es sich nicht um ein Schauobjekt handelt, sondern daß heute bereits 30 Wagen in den wichtigsten Fernverkehrszügen im Einsatz sind.

Auf dem Osloer Flughafen wurde mir eine fahrbare Treppe vorgeführt, die mit einem Aufzug für Rollstuhlfahrer kombiniert ist. Diese Treppen-Aufzug-Kombination kann ohne weiteres den unterschiedlichen Flugzeugtypen mit Einstieghöhen zwischen 1,90 m und 3,40 m angepaßt werden. Sie ist bereits auf den wichtigsten Flughäfen des Landes bei Bedarf im Einsatz.

In einem Außenbezirk von Oslo befindet sich ein Rehabilitationszentrum, in dem viele Rollstuhlfahrer sind. Ein in Schweden entwickelter Omnibustyp, der für den Rollstuhlfahrer über eine bahnsteigähnliche Rampe erreichbar ist, ermöglicht es den Behinderten, im Rahmen des Linienverkehrs das Stadttinnere zu erreichen.

Diese und noch andere Beispiele zeigen, daß wir in der Bundesrepublik Deutschland auf dem Gebiet des öffentlichen Personenverkehrs, soweit es um die Beteiligung von Schwerstbehinderten geht, doch einen erheblichen Nachholbedarf haben. Die Nationale Kommission für das Internationale Jahr der Behinderten 1981 hat eine Fülle theoretischer Überlegungen zusammengetragen. Es geht jetzt darum, diese schrittweise zu verwirklichen. Hierzulande wird - was ich sehr verdienstvoll finde - auch auf dem Behindertensektor viel geforscht und geprobt, jedoch sollte man darüber die praktische Anwendung nicht vergessen. Die Entwicklungen in Norwegen haben gezeigt, daß aufgrund praktischer Erprobung ebenfalls wichtige Erkenntnisse gesammelt und für die Weiterentwicklung nutzbar gemacht werden können.

(-/9.8.1982/ks/rs)

+ + +



Zum Tod von August Albrecht

Ein Leben im Dienst für das sozialdemokratische Verlagswesen

Zwei Tage vor Vollendung seines 92sten Lebensjahres ist am 22. Juli 1982 in Mittenwald August Albrecht gestorben. August Albrecht war einer der engagierten Wegbereiter der sozialdemokratischen Jugendbewegung in Deutschland. Schon 1916, als die jungen Arbeiter noch keine Vereine bilden durften, hatte er die Verbreitung der Monatszeitschrift "Arbeiterjugend" organisiert, mit deren Abonnenten er nach dem Ersten Weltkrieg den Aufbau einer Arbeiterjugendorganisation mit Elan anging.

1919 berief ihn der sozialdemokratische Parteivorstand als Jugendsekretär nach Berlin. Er gründete eine "Einkaufszentrale" für den Verband der Arbeiterjugendvereine und schloß sie mit dem "Arbeiterjugendverlag" zusammen. 1930 wurde August Albrecht Geschäftsführer der Buchgemeinschaft "Der Bücherkreis", der vielen jungen Autoren den Weg in die Öffentlichkeit erschloß. Neben der Zeitschrift "Arbeiterjugend" fanden dank seines organisatorischen Geschicks auch die "Sozialistische Jugend-Internationale" und die "Jungsozialistischen Blätter" weite Verbreitung.

Die Hitler-Zeit überstand Albrecht mit einer kleinen unauffälligen Buchhandlung in Berlin. Nach dem Zusammenbruch der Nazi Herrschaft half er, inzwischen nach Bayern "verschlagen", beim Wiederaufbau der Partei mit. 1946 ging er nach Hannover, wo er die Leitung der Gruppe der sozialistischen Buchhändler und Verleger übernahm. Hiernach baute er in Köln für den DGB den heute noch weithin bekannten Bund-Verlag auf.

Nach einem engagierten Leben für die Verbreitung bildender Literatur in der Arbeiterschaft und namentlich für die Arbeiterjugend zog sich August Albrecht, der aus einer Hamburger Arbeiterfamilie stammte, nach Mittenwald zurück, wo er noch manches von seinem Wissen aus der Sozialdemokratie der Weimarer Zeit und über ihr Wirken für die politische und geistige Emanzipation der Arbeiter an Jüngere weitergegeben hat.

Dr. Kuno Bludau

(-/9.8.1982/bgy/rs)

+ + +

